

Vorlage Nr. 101.17.1811

20. Juli 2015
1 von 2

Umgang mit den Verganheiten der ehemaligen Oberbürgermeister

Antrag

Zum Umgang mit Ehrungen von Unehhaften

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Aufbereitung "Verganheiten - Die Kasseler Oberbürgermeister Seidel, Lauritzen und Branner und der Nationalsozialismus" wird dauerhaft zugänglich gemacht und auf der Internetseite der Stadt, in der künftig namenlosen Rathaushalle und im neuen Stadtmuseum zusammenfassend dargestellt.
2. Das Willi-Seidel-Haus wird wieder zum Haus der Jugend benannt.
3. Die Karl-Branner-Halle im Rathaus erhält eine zusammenfassende Darstellung der Gründe der Aberkennung der Ehrungen und verliert ihren Namen.
4. Der Magistrat schlägt den beiden Ortsbeiräten Mitte und Unterneustadt die Umbenennung der Karl-Branner-Brücke vor. Sie soll vorzugsweise den Namen einer Kasseler Antifaschist*in oder Verfolgten des Nationalsozialismus tragen.
5. In der Karl-Branner-Halle, an der Karl-Branner-Brücke und am Willi-Seidel-Haus werden Hinweise auf die Gründe der Umbenennungen angebracht.
6. Die Stadtverordneten erklären, dass die Ehrenbürgerschaft für Dr. Karl Branner, Willi Seidel, August Bode und Paul von Hindenburg aus heutiger Sicht und auf der Grundlage der jetzt vorliegenden Informationen nicht erfolgt wäre. Die Würde einer Ehrenbürgerschaft ist nicht zu rechtfertigen.
7. Die Vita der namensgebenden Personen aller Straßen, Plätze, Einrichtungen und Ehrentitel ab der Kolonialzeit (Berliner Konferenz 1884) werden wissenschaftlich bearbeitet. Das Ziel ist die Identifizierung und Veröffentlichung von schwerer persönlicher Schuld und moralischem Versagen.

8. Das Handeln von Stadtverordneten, Magistrat und leitenden Personen der Kommunalverwaltung im Nationalsozialismus und der Umgang damit in der Nachkriegszeit wird wissenschaftlich bearbeitet.

2 von 2

Begründung:

Beim Vorliegen von eklatantem moralischen Versagen und schwerer persönlicher Schuld können Ehrungen nicht weiter bestehen. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat und die zuständigen Ortsbeiräte, die Beschlüsse zu entsprechenden Änderungen der Namen der Brücke und der öffentlichen Einrichtungen zeitnah zu fassen.

Eine systematische wissenschaftliche Bearbeitung des Handelns von Stadtverordneten, Magistrat und leitenden Köpfen der Verwaltung im Nationalsozialismus und der Umgang damit in der Nachkriegszeit lässt erheblichen Erkenntnisgewinn erwarten und bietet eine Basis für einen stadtgeschichtlichen verantwortlichen Umgang damit.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Axel Selbert

gez. Axel Selbert
Fraktionsvorsitzender